

Protokoll der Sitzung des Kriminalpräventiven Rates am Mittwoch, dem 15. Juli 2015, 17:00 Uhr

TN: siehe Anlage

Begrüßung der Teilnehmer durch Oberbürgermeister Eger.

1. Kriminalitätslagebild und Berichte aus den Präventionsfeldern

- a. Herr Giertzsch und Herr Heintz, PI Speyer, stellen ausgewählte Zahlen vor und erklären das Zustandekommen einzelner statistisch auffallender Werte mit Sondereffekten. (z.B. Aufklärungsquote bei Schwarzfahrern: Hier werden in Ludwigshafen mehrere Hundert aufgrund engmaschiger Kontrollen erwischt, in Speyer gerade mal 2, weil Kontrollen nicht oder kaum stattfinden.)
- b. In 2014 gab es 140 Fälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen, was 3 % der Gesamtheit aller Fälle sind. Es fallen hierunter Gewalttaten aber auch zunehmend Stalking. Die vermutete hohe Dunkelziffer in diesem Bereich soll verringert werden, indem das Thema enttabuisiert wird. Hierzu gehört auch die Berichterstattung über ausgewählte Fälle und Öffentlichkeitsarbeit. Die Hemmschwelle für Anzeigen soll gesenkt werden. Nach Aussagen der Polizei gibt es einen sehr guten Kontakt zu Frauenhaus, Verwaltung, Verbänden, Service Clubs. Kürzlich wurde in Zusammenarbeit mit den Akteuren in einem „high risk-Projekt“ eine Fallkonferenz mit gutem Erfolg durchgeführt. Herr Eger weist ergänzend darauf hin, dass die (freiwilligen) Mittel für das Frauenhaus im Kommunalen Entschuldungsfonds nicht gekürzt wurden. Eine Unterstützung in ähnlichen Fällen für betroffene Männer wäre darüber hinaus wünschenswert.
- c. Herr Giertzsch berichtet, dass kürzlich ein Serieneinbrecher dingfest gemacht werden konnte. Das wird für 2015 zwar die Statistik nicht mehr signifikant beeinflussen, der Effekt wird sich aber in 2016 zeigen.
- d. Fahrraddiebstähle sind seit einiger Zeit rückläufig. Mögliche Gründe könnten beim erschwerteren/verteuerten Versicherungsschutz liegen.

2. und 3. Kommunaler Vollzugsdienst und Jugendschutz

- a. Herr Trost erläutert kurz die Zahlen aus dem Bericht des KVD. Einen großen Anteil hätten die Aufenthaltsermittlungen, abgemeldete Autos im öffentlichen Straßenraum und Lärmschutzkontrollen bei den großen Festen. Hierzu die Anmerkung, dass über das zurückliegende Brezelfest keine Lärmbeschwerden kamen. Es gab 10 Fälle von Körperverletzung.
- b. Allgemeinverfügungen würden seit kurzem in deutlicher neongelber Aufmachung für eine bessere Sichtbarkeit derselben sorgen. Jugendschutzkontrollen durch die Stadt erfolgen am Altstadt- und Brezelfest.
- c. Frau Völcker berichtet von der Bewerbung um das Pilotprojekt HALT (Hart am Limit). www.halt-projekt.de (Anlage 1)
- d. Herr Trost wird sich um die Vorlage der Krankenhausstatistik für die alkoholbedingte Aufnahme von Jugendlichen bemühen. Diese wird nachgereicht.
- e. Alkoholprävention trägt erste Früchte muss aber noch weiter ausgebaut werden.

4. Kriminalität bei und gegen Seniorinnen und Senioren

Herr Heintz erläutert kurz die vorliegende Statistik, die keine besonderen Auffälligkeiten aufweist. Es wird allerdings eine Dunkelziffer vermutet, da es z.B. immer wieder Enkeltrick-Opfer gibt. Die größte Angst der Senioren gilt Wohnungseinbrüchen. Herr Heintz weist darauf hin, dass in Speyer als Opferchutzansprechpartner er selbst und sein Kollege Herr Kühner fungieren. Auf Anfrage von Frau Münch-Weinmann wird Herr Heintz noch eine statistische Auswertung über „Senioren als Täter“ nachreichen. (Anlage 2)

Die Schulungen „Sicherheitsberater für Senioren“ wurden sehr gut angenommen. Hier könnte eine Neuauflage ins Auge gefasst werden. Dies soll in Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Seniorenbüro geprüft werden. Ansprechpartner ist Frau Bürgermeisterin Kabs, bzw. Frau Krampitz. Positiv wird von der Polizei- auch in diesem Zusammenhang – die Zusammenarbeit mit den Stadtteilbüros als Bestandteil der Sozialen Stadt-Projekte bewertet. Frau Messerschmitt vom ISIM weist darauf hin, dass am 12.10. in Mainz eine Zentralveranstaltung für Seniorensicherheitsberater stattfinden wird. Einladung wird noch folgen.

Auf Anfrage von Herrn Hattab erklärt Herr Giertzsch, dass Straftaten von Asylbewerbern nicht gehäuft auftreten. Auch hier gebe es auffällige und völlig unproblematische Personen. Man sei aber auch hier aufmerksam und beobachte die Situation und arbeite gut mit dem Runden Tisch Asyl, bzw. Arbeitskreis Asyl zusammen. Im Hinblick auf die Belegung des „Tor zur Pfalz“ mit Asylbewerbern wird darauf geachtet, dass dies weder auffällige Personen noch Familien mit Kindern sein werden. Hier erfolgt die Raumzuweisung in einer Abstimmung zwischen dem FB 4 und der Polizei.

5. Verschiedenes

- a. Frau Löhr teilt mit, dass der Jahresbericht von NIDRO noch nicht verabschiedet sei. Er wird nach Fertigstellung des AK Kriminalprävention auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt.
- b. Die Ärztliche Leitung des Therapieverbands Ludwigsmühle hat gewechselt: <http://www.ludwigsmuehle.de/>
- c. Auf Nachfrage von Frau Wresch sind wenig bis keine rechten oder ausländerfeindlichen Straftaten zu vermelden.
- d. Frau Münch-Weinmann fragt nach Punkten aus dem Protokoll der letzten Sitzung: In Bezug auf „Kein Bier für Nazis“ teilt Herr Eger mit, dass in Absprache mit Polizei und Gastronomen das Projekt nicht gestartet wurde, da in Speyer dafür keine Bedarfslage festgestellt werden konnte. Das heiße aber nicht, dass dies deswegen gestorben sei. Zur Bewerbung um den Landespräventionspreis teilt Frau Gonsior mit, dass in 2013 Speyer sich mit dem Projekt: „Berliner Platz in Speyer – aber sicher !“ beworben habe, die Bewerbung aber nicht erfolgreich gewesen sei.
- e. Abschließend informiert Frau Völcker noch über die Suchtinfoline: Die Sucht-Infoline des Büros für Suchtprävention der Landeszentrale für Gesundheitsförderung hat die Rufnummer: 0800-5511600.

Hier können Betroffene sowie Angehörige und Interessierte Informationen zu den verschiedensten Suchtmitteln sowie zu Suchterkrankungen (anonym) erhalten. Wenn gewünscht, werden nach Nennung der eigenen Postleitzahl über die Hotline Kontakt-, Beratungsstellen bzw. Selbsthilfegruppen im Wohnumfeld bekannt gegeben.

Institutionen/ MultiplikatorInnen können über die Homepage www.lzg-rlp.de Info-Material zur Sucht-Infoline bzw. elektronische Texte und Banner zur weiteren Verwendung kostenfrei erhalten.

Oberbürgermeister Eger schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

gez. Silvia Gonsior

Anlage 1:

Was ist „HaLT“?

- HaLT = Hart am Limit
- Bundesweites Suchtpräventionsprojekt
- Basis zur Umsetzung in den einzelnen Bundesländern bilden die jeweiligen „Rahmenvereinbarungen zur Umsetzung des Projektes“
 - Vertragspartner in RLP: Land (MSAGD) und mehrere gesetzl. Krankenkassen, darunter die AOK und der BKK Landesverband Mitte sowie mehrere Ersatzkassen (z.B. die Barmer, TKK, DAK)

Laufzeit der Rahmenvereinbarung und damit des Projektes in RLP:

01.08.2014 bis zunächst 31.07.2018 (3 Jahre)

- **Struktur: 2 Bausteine**
 1. Proaktiver Baustein: umfasst alle präventiven Maßnahmen in der Kommune (vom Jugendschutz bis zur Suchtberatungsstelle) → Maßnahmen, die in diesen Baustein fallen, werden im Projekt nicht zusätzlich finanziell gefördert (Strukturförderung Beratungsstellen durch Land + kommunale Mittel/ Ressourcen)
 2. reaktiver Baustein: Zielgruppe einzelne Personen und ihre Familien
Hierunter fallen z. B. die Besuche von jungen Menschen, die von auf Grund von überhöhtem Alkoholkonsum ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Mit ihnen soll das eigene Risikoverhalten erörtert und Strategien zu zukünftigen Vermeidung solcher Vorfälle erarbeitet werden.
Innerhalb dieses Bausteins sind einzelne Maßnahmen wie Einzel-, Familien- oder Gruppengespräche seitens der Suchtberatungsstellen mit den Krankenkassen lt. Rahmenvereinbarung abrechenbar (zwischen 25,- und 55,-€/ Einheit).

Anerkennung einer Kommune als HaLT-Standort ist Voraussetzung zur Finanzierung von Angeboten innerhalb des reaktiven Bausteins.

Hierfür müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein, z.B. die Einbindung der Suchtthematik in verschiedene Netzwerke und Arbeitskreise, die sich mit der Gefährdung von Jugendlichen befassen oder auch der erfolgreiche Abschluss einer vorgegebenen Schulung der im Projekt Tätigen.

Der Antrag der Stadt Speyer wurde mit Unterstützung des Sozial- und Jugendhilfeausschusses im Februar 2015 gestellt. Wir gehen davon aus, dass im Laufe dieses Sommers eine Anerkennung erfolgt.

Nähere Informationen: www.halt-projekt.de